

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Christian Meißner, Renate Dodell, Thomas Kreuzer, Erika Görlitz, Prof. Ursula Männle, Martin Bachhuber, Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner, Alexander Radwan, Klaus Steiner, Andreas Lorenz, Angelika Schorer, Jakob Schwimmer, Bernhard Seidenath, Max Strehle, Dr. Manfred Weiß, Otto Zeitler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde, Tobias Thahammer, Renate Will, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)

Einheimischenmodelle sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die bisherigen Bemühungen der Staatsregierung zum Erhalt der Einheimischenmodelle der bayerischen Gemeinden und Städte und fordert die Staatsregierung auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, dass im laufenden Verfahren alle rechtlichen Mittel genutzt werden und weiter entschieden gegen die Beanstandung durch die Europäische Kommission vorgegangen wird.

Begründung:

Die in den bayerischen Kommunen praktizierten Einheimischenmodelle sind ein wichtiges kommunales Instrument, um die gewachsene Sozial- und Bevölkerungsstruktur in den Gemeinden und Städten auch in Zukunft zu sichern. Für die Erhaltung einer langjährig gewachsenen und ausgewogenen Bevölkerungsstruktur und der Bewahrung der Eigenart des ländlichen Raums ist es erforderlich, Ortsansässigen die Möglichkeit zu geben, in ihrem Heimatort Wohnhäuser errichten zu können. Durch die Einheimischenmodelle kann dabei sichergestellt werden, dass v. a. junge Ortsansässige, insbesondere junge Familien, die sich sonst auf dem freien Baulandmarkt gegen finanzkräftige Auswärtige nur schwer durchsetzen könnten, ausreichend bezahlbaren Wohnraum erwerben können und nicht aus finanziellen Gründen abwandern müssen. Die Erhaltung der gewachsenen Sozial- und Bevölkerungsstruktur ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und stellt zudem einen zwingenden städtebaulichen Grund des Allgemeininteresses dar.

Mit Schreiben vom 24. Juni 2010 hat die Europäische Kommission die Einheimischenmodelle der Gemeinden Vohburg a. d. Donau, Weilheim i. OB sowie Seeshaupt und Bernried am Starnberger See förmlich beanstandet. Die Bundesregierung hat nunmehr Gelegenheit, innerhalb von zwei Monaten Stellung zu nehmen. Im weiteren Verfahren sind alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen zu wahren und die von den bayerischen Gemeinden praktizierten Einheimischenmodelle zu sichern.